



Sitzung vom: 7. November 2017

Beschluss Nr.: 168

**Motion betreffend Entlöhnung des Präsidiums der Steuerrekurskommission, Schliessung der Gesetzeslücke:
Beantwortung.**

Der Regierungsrat beantwortet

Die Motion betreffend Entlöhnung des Präsidiums der Steuerrekurskommission, Schliessung der Gesetzeslücke, welche der Urheber, Christian Limacher, am 7. September 2017 eingereicht hat, wie folgt:

1. Inhalt der Motion

Der Motionär verlangt vom Regierungsrat das Gesetz über die Entlöhnung und Entschädigung von Behörden und Kommissionen (Behördengesetz) (GDB 130.4) zu ändern. Unter Art. 9 Abs. 1 ist neu das Präsidium der Steuerrekurskommission zu ergänzen.

2. Begründung der Motion

Das Stimmvolk lehnte am 21. Mai 2017 die Referendumsvorlage über das Behördengesetz ab. In dieser Vorlage war auch die Entlöhnung des Präsidiums der Steuerrekurskommission enthalten. Dieser Punkt betraf eine Nachführung der Evaluation der Justizreform und war in dieser Vorlage, trotz Referendum, immer unbestritten. Diese Gesetzeslücke gilt es zu schliessen.

3. Erwägungen

Die Evaluation der Justizreform im 2014 hat gesetzgeberisch geklärt, dass die Steuerrekurskommission als unabhängiges Gericht zu gelten hat. (Art. 10a Gesetz über die Gerichtsorganisation vom 22. September 1996, GDB 134.1). Das Präsidium der Steuerrekurskommission ist demnach ein nebenamtliches Gerichtspräsidium. Die Kommission ist schon heute wie ein Gericht organisiert.

Die Entschädigung des Präsidiums der Steuerrekurskommission ist heute gesetzlich nicht geregelt. Die Entschädigung erfolgt deshalb in Anlehnung an die Entlöhnung der übrigen Gerichtspräsidien.

4. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion betreffend Entlöhnung des Präsidiums der Steuerrekurskommission, Schliessung der Gesetzeslücke anzunehmen.

Protokollauszug an:

- Kantonsratsmitglieder sowie übrige Empfänger der Kantonsratsunterlagen (mit Motionstext)
- Finanzdepartement
- Sicherheits- und Justizdepartement
- Personalkommission (via Personalamt)
- Personalverbände (via Personalamt)
- Personalamt
- Amt für Justiz
- Staatskanzlei

Im Namen des Regierungsrats



Dr. Stefan Hossli
Landschreiber



Versand: 15. November 2017